VEREINIGUNG DER HESSISCHEN
UNTERNEHMERVERBÄNDE

VhU-Position

Erwartungen der hessischen Wirtschaft an die Politik nach der Landtagswahl in Hessen 2023

Beschluss Nr. 2 des VhU-Präsidiums vom 16.05.2022

Gesellschaft

1. Gesellschaft

Mehr Freiheit lassen

Wirtschaft und Gesellschaft bedingen einander

Kultur, Geschichte, Sprache, Religion, Mentalität – daraus bildet sich der gesellschaftliche Rahmen. Er ist für die Entscheidungen der heimischen Unternehmen ebenso bedeutsam wie etwa die Rechtsordnung, die Marktstrukturen oder das Bildungswesen. Die hessische Wirtschaft will weiter erfolgreich wachsen. Sie hat ein hohes Interesse daran, dass die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen dies unterstützen. Diese Zielsetzung sollten alle gesellschaftlichen Gruppen teilen. Denn je erfolgreicher die Unternehmen, je höher der allgemeine Wohlstand und je stabiler die wirtschaftliche Entwicklung, desto einfacher lassen sich gesellschaftliche Konflikte entschärfen oder vermeiden.

Den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat militärisch besser verteidigen

Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit sind die nahezu einmütig geteilten Oberziele in unserer Gesellschaft. Der völkerrechtswidrige Überfall Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 hat in Erinnerung gerufen, dass zum Erhalt des Friedens und des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaats auch Deutschland seine Verteidigungsfähigkeit deutlich verbessern muss. Den Frieden aus einer Position der militärischen Stärke zu wahren, das liegt auch im Interesse der deutschen und der hessischen Wirtschaft. Die Wirtschaft steht zum westlichen Wertebündnis NATO. Die Wirtschaft unterstützt das Vorhaben, die Bundeswehr dauerhaft besser auszustatten, was zu unvermeidbaren Belastungen der öffentlichen Haushalte – mittelbar auch des Landes Hessen – führen wird, was hinzunehmen ist.

Freiheit von Bürgern und Unternehmen weniger einschränken

Die große Mehrheit der Menschen in Hessen kann und will ihr Leben wirtschaftlich eigenständig und verantwortlich führen. Die Menschen sind fähig und bereit, hohe Leistungen in Beruf und Privatleben zu erbringen. Dafür wünschen sie Entscheidungsfreiheit und erwarten in Staat und Gesellschaft Leistungsgerechtigkeit.

Doch seit Jahren wird Gerechtigkeit in Teilen von Politik und Medien einseitig auf Gleichheit verkürzt, während Freiheit vernachlässigt oder sogar eingeschränkt wird – oft aus verteilungspolitischen Gründen. Während der Corona-Pandemie kamen gesundheitspolitisch begründete und erforderliche temporäre Einschränkungen der Freiheit hinzu. Landtag und Landesregierung sollten grundsätzlich mehr für die Freiheit eintreten: in Rechtsnormen, im Verwaltungshandeln, in politischen Programmen und Reden sowie in der politischen Kultur. Der Staat muss sich an vielen Stellen zurücknehmen. Die Bürger sind berechtigt, frei und verantwortlich ihre privaten Entscheidungen zu treffen – als Konsumenten, Sparer, Erwerbstätige und Unternehmer.

Für eine offene Gesellschaft werben

Die Parteien und alle gesellschaftlichen Gruppen müssen für mehr Akzeptanz einer offenen und pluralen Gesellschaft werben und unsere parlamentarische Demokratie verteidigen. Extremistische Haltungen – seien sie politisch rechtsextrem oder linksextrem oder auch anders motiviert – muss die Landesregierung weiterhin entschieden bekämpfen. Das ist auch eine Voraussetzung für den Erfolg hessischer Unternehmen auf den Weltmärkten. Sie erwirtschaften einen Großteil des Wohlstands im Export und sind deshalb auf offene Märkte angewiesen. Die Landesregierung muss wie bisher für die Fortsetzung der internationalen Verflechtung unseres Landes eintreten.

Die Meinungsfreiheit ist konstitutiv für eine liberale Gesellschaft. Die Parteien und alle gesellschaftlichen Gruppen müssen dem verbreiteten Versuch illiberaler Kräfte in Teilen von Staat, Parteien und Medien, eigene Auffassungen und Interessen mit einseitigen Wertungen zu überhöhen und alternative Positionen zu diskreditieren, konsequent entgegentreten. Andersdenkende Bürger, die auf dem Boden unserer Verfassung und Werte stehen, aufgrund ihres politischen Widerspruchs aus dem politischen und sozialen Diskurs auszugrenzen, ist eine gefährliche Vorgehensweise, die den Diskursspielraum immer weiter verengt. Das ist das Gegenteil von Meinungsfreiheit. Staatliche Stellen haben darauf zu achten, dass der Meinungsfreiheit ihr grundgesetzlich geschützter Rang auch im Alltag tatsächlich zukommt, etwa an den Hochschulen. Aus der politischen Willensbildung hat sich der Staat weitgehend herauszuhalten, denn sie ist dem Wettbewerb der Meinungen der Zivilgesellschaft und den Parteien vorbehalten.

Mit Willkommenskultur für Kinder zu mehr Geburten beitragen

In Deutschland und Europa werden zu wenige Kinder geboren. Das beeinträchtigt auch den Wirtschaftsstandort. Zur Selbsterhaltung der Gesellschaft muss die demographische Talfahrt gestoppt und umgekehrt werden. Nötig sind mehr Geburten und dazu eine Willkommenskultur für Kinder und Eltern, wozu alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen beitragen müssen. Junge Männer und Frauen sollten im Rahmen ihrer freien Lebensentscheidungen häufiger „Ja zum Kind“ sagen können, um dauerhaft Elternverantwortung zu übernehmen. Betriebe leisten im Rahmen betrieblicher Notwendigkeiten durch flexible Arbeitszeitmodelle einen Beitrag dazu, dass Beschäftigte familiäre Aufgaben leichter erfüllen können.

Ehe und Familie als Fundamente einer pluralen Gesellschaft stärken

Ehe und Familie bedürfen einer höheren Wertschätzung. Die Ehe ist die primäre Solidargemeinschaft. Sie regelt die Übernahme von Verantwortung im Privaten und ermöglicht so überhaupt erst das Funktionieren des subsidiären Sozialstaats. Die Familie ist eine weitere unverzichtbare Solidargemeinschaft. Ehe, Familie und die Erziehung der Kinder insbesondere durch ihre Eltern sind Fundamente einer pluralen, freien Gesellschaft.

Mehr Integrationsbereitschaft einfordern

Integration verlangt von Migranten größte Anstrengungen beim Erlernen der deutschen Sprache und zur aktiven Akzeptanz der Grundwerte unserer Gesellschaft. Die Politik muss den Respekt vor unseren Werten und unserer Kultur stärker einfordern. Gleichberechtigung von Mann und Frau, Schutz von Minderheiten, Gewaltmonopol des Staates und religiöse Toleranz sind Grundlagen unseres Zusammenlebens. Diese Werte sind auch Grundlage für eine erfolgreiche Integration ins Arbeitsleben und entscheidend für den Betriebsfrieden.

Keine Gendersprache im öffentlichen Dienst verwenden

Privat ist jede und jeder frei, so zu schreiben und zu sprechen, wie sie oder er möchte. Anders hingegen im öffentlichen Dienst: Die Beschäftigten des Landes haben es im Rahmen der dienstlichen Tätigkeiten zu unterlassen, eine Gender-Sprache mit zum Beispiel „Gender-Doppelpunkt“ oder „Gender-Stern“ zu verwenden. Eine breite Bevölkerungsmehrheit lehnt eine Gender-Sprache ab.